Eine weltgeschichtliche Tatsache

Von N. Lenin

„Die Frage der imperialistischen Kriege, die Frage über die gegenwärtig in der ganzen Welt vorherrschenden Politik des Finanzkapitals, welche unvermeidlich zu neuen imperialistischen Kriegen, zu einem unerhörten Anwachsen der nationalen Unterdrückung, der Plünderung, des Ausraubens, der Unterdrückung der schwachen, rückständigen, kleinen Völkerschaften durch ein Häuflein „vorgeschrittener" Mächte führt, — diese Frage ist seit 1914 die Grundfrage der ganzen Politik aller Länder des Erdenrunds. Das ist eine Frage von Leben und Tod für Millionen und Abermillionen Menschen. Dies ist eine Frage danach, ob im folgenden vor unseren Augen aus dem Kapitalismus hervorwachsenden und von der Bourgeoisie vorbereiteten imperialistischen Krieg 20 Millionen Menschen ermordet werden. (Statt der 10 Millionen, die im Kriege 1914 bis 1918 und den sie ergänzenden „kleinen", noch nicht abgeschlossenen Kriege gefallen sind) und ob in diesem unvermeidlichen (bei Aufrechterhaltung des Kapitalismus) kommenden Krieg sechzig Millionen zu Krüppeln gemacht werden (statt der dreißig Millionen im Jahre 1914 bis 18). Auch in dieser Frage bedeutet unsere Oktober-Revolution den Beginn einer neuen Epoche der Weltgeschichte. Die Diener und Söldner der Bourgeoisie, in der Gestalt der SR. und Menschewiki, der ganzen kleinbürgerlichen, angeblich „sozialistischen" Demokratie der ganzen Welt haben die Losung „Bürgerkrieg gegen imperialistischen Krieg!" verhöhnt. Doch diese Losung hat sich als die einzige Wahrheit erwiesen, zwar eine unangenehme, schroffe, nackte und grausame Wahrheit, aber doch eine Wahrheit unter der ungeheuren Menge des raffiniertesten, chauvinistischen Betrugs. Dieser Betrug stürzt in sich zusammen. Der Brester-Vertrag ist entlarvt. Jeder neue Tag enthüllt immer schonungsloser die Bedeutung und die Folgen des Versailler Vertrags, der noch schlimmer als der Brester Vertrag ist. Immer deutlicher, immer klarer, immer unabwendbarer, ersteht vor den Millionen die über die Ursachen des gestrigen Krieges und über den kommenden Krieg des morgigen Tages grübeln, die schreckliche Wahrheit: man kann sich nicht aus dem imperialistischen Kriege, aus der ihn unmittelbar gebärenden imperialistischen Welt befreien, man kann aus dieser Hölle nicht anders entrinnen, als auf dem Wege des bolschewistischen Kampfes und der bolschewistischen Revolution.

Mögen Bourgeoisie und Pazifisten, Generale und Philister alle gläubigen Christen und alle Ritter der 2. und 2½ Internationale diese Revolution wütend beschimpfen. Keine Wut! keine Lüge und keine Verleumdungen können jene weltgeschichtliche Tatsache trüben, daß zum erstenmal im Lauf von hunderten und tausenden Jahren die Sklaven als Antwort auf den Krieg zwischen den Sklavenbesitzern offen die Losung verkündet haben: laßt uns diesen Krieg, der zwischen den Sklavenbesitzern um die Teilung der Beute geht, zu einem Krieg der Arbeiter aller Nationen gegen die Sklavenbesitzer aller Nationen machen.

Zum erstenmal im Laufe von hunderten und tausenden Jahren hat sich diese Losung aus einer unklaren und ohnmächtigen Hoffnung in ein klares deutliches politisches Programm gewandelt, in einen wirklichen unter der Leitung des Proletariats verlaufenden Kampf von Millionen Unterdrückter, in dem ersten Sieg des Proletariats, in den ersten Sieg der Vernichtung des Krieges, des Bündnisses der Arbeiter aller Länder gegen das Bündnis der Bourgeoisie aller Nationen — jener Bourgeoisie, die auf Kosten der Sklaven des Kapitals, auf Kosten der Lohnarbeiter, der Bauern, der Werktätigen, Krieg führt und Frieden schließt.

Dieser erste Sieg ist noch kein endgültiger Sieg. Und er ist für unsere Oktober-Revolution mit ungeheuren Lasten und Schwierigkeiten mit unerhörten Qualen, mit einer Reihe kolossaler Mißerfolge und Fehler unserseits verknüpft gewesen. Wie konnte es auch anders sein, war es denn möglich, daß ein einzelnes, rückständiges Volk ohne Mißerfolg und Fehler die imperialistischen Kriege der mächtigsten und vorgeschrittensten Länder der Welt besiegt? Wir scheuen uns nicht, unsere Fehler einzugestehen und werden sie mit nüchternem Blick betrachten, um es zu lernen, sie wieder gut zu machen.

Zum erstenmal im Laufe von hundert und tausenden Jahren wurde das Versprechen, den Krieg zwischen den Sklavenbesitzern mit einer Revolution der Sklaven gegen alle und jeglichen Sklavenbesitzer zu „beantworten", auch wirklich voll und ganz eingelöst und wird trotz allen Schwierigkeiten ausgeführt.

Wir haben dieses Werk begonnen. Die Frage ist nicht wesentlich, zu welchem Zeitpunkt, in welcher Frist von den Proletariern welcher Nation das Werk zu Ende geführt sein wird. Wesentlich ist aber, daß das Eis gesprengt, die Bahn geöffnet, der Weg gewiesen ist.

Heuchelt nur immer weiter, ihr kapitalistischen Herren aller Länder, „verteidigt das Vaterland" — das japanische gegen das amerikanische, das amerikanische gegen das japanische, das französische gegen das englische usw. Sucht nur immer weiter die Fragen über die Kampfmittel gegen die imperialistischen Kriege durch das Verfahren neuer „Baseler Manifest" (nach Muster des Baseler Manifestes 1912) loszuwerden, ihr Herren Ritter der 2. und 2½ Internationale, samt allen pazifistischen Kleinbürgern und Philistern der ganzen Welt. Die erste bolschewistische Revolution der Welt hat als erstes hundert Millionen Menschen aus dem imperialistischen Kriege, aus der imperialistischen Welt herausgerüttelt. Die folgenden Revolutionen werden die ganze Menschheit aus solchen Kriegen und aus einer solchen Welt erlösen."

Emil Eichhorns Begräbnis

Massendemonstration des Berliner Proletariats.

Berlin, 1. August. (Eig. Drahtmeldung.) Die Beisetzung des Genossen Emil Eichhorn gestaltete sich zu einer Massenkundgebung. 100 000 Berliner Proleten gaben dem toten Kämpfer das letzte Geleit. Im Demonstrationszug fielen besonders die ungeheuer großen Kranzdeputationen auf. Für das Zentralkomitee sprach der Genosse Remmele, für die Reichstagsfraktion der Genosse Scholem. Die Postangestellten, die an der Beerdigung teilnahmen, wurden angepöbelt. Auf dem Rückmarsche wurden die Demonstranten von der Schupo provoziert, die dabei die Gelegenheit wahrnahm, einige Verhaftungen vorzunehmen.

Die Beratung der Amnestievorlage verhindert!

Berlin, 1. August. (Eigene Drahtmeldung.) Um die Beratung der Amnestie unmöglich zu machen und um gleichzeitig die Steuergesetze unter Dach und Fach zu bringen, beschloß gestern die Mehrheit im Reichstag, die Plenarsitzung ab 10 Uhr früh zur selben Stunde, wo der Rechtsausschuß die Amnestie erledigen soll, abzuhalten.

Deutschnationale „Vaterlandstreue"

Wichtige Enthüllungen über die deutschnationale Außenpolitik

Bei der Beratung des Notetats am Freitag brachte Genosse **Stöcker** unter der größten Spannung **des Reichstages** und stürmischen Zwischenrufen **ein vertrauliches Rundschreiben der deutschnationalen Fraktion über die letzte Antwortnote zur Verlesung.** Während die Deutschnationalen in peinlicher Verlegenheit dasaßen, kamen von der Linken, insbesondere von den Kommunisten, stürmische Zwischenrufe: **Antideutschnationale!**

Das vertrauliche Rundschreiben, das vor der letzten Reichstagssitzung herausgegeben ist, sagt einleitend:

„Der Streit um die Anregungen in dem deutschen Sicherheitsangebot vom 9. Februar, um seine Entstehungsgeschichte und die Kenntnis und die Verantwortung des Kabinetts und der Deutschnationalen **ist zweckmäßig beizulegen.** Dazu werden Erklärungen bei der Reichstagsverhandlung voraussichtlich die **Grundlage** schaffen. Ebenso ist ein Streit darüber, ob die jetzige Note an dem Grundgedanken der Anregungen vom 9. Februar festhält, **möglichst zu vermeiden.** (Stürmische Hört-hört-Rufe bei den Kommunisten.) **Tatsächlich bestehen wichtige Unterschiede, die aber nur in der Defensive besprochen werden sollten.** Die französische Note mit ihren Vorschlägen hat eine ganz neue Sachlage geschaffen. Das Interesse der auswärtigen Politik gebietet, **lediglich sich damit zu beschäftigen,** wie die deutsche Note zu den französischen Vorschlägen Stellung nimmt und was weiter zu geschehen hat.

Die jetzige Note ist ein Akt des Gesamtkabinetts, dem die Deutschnationalen mit voller Verantwortung zustimmen.

Uns erscheint die Möglichkeit, gegenüber den französisch-englischen Vorschlägen zu einer Regelung zu gelangen, die auch für Deutschland bei **freiwilliger Uebernahme neuer Verpflichtungen erträglich ist,** weil sie auch ihm erhöhte Sicherheit und Vorteile bietet, nach wie vor höchst zweifelhaft, aber wir bekunden durch **unsere Zustimmung zur Note** den ernsten Willen, auch die letzten Möglichkeiten dieser Art auszuschöpfen. Dieser Standpunkt dient auch dem **nicht ausdrücklich zu besprechenden,** aber stets zu beachtendem Zwecke, zu verhindern, daß die deutsche Regierung oder die **Deutschnationale Partei als Friedensbrecher hingestellt werden könne.** Die Note ist ein Koalitionskompromiß und befriedigt nicht in allen Einzelheiten, obwohl anzuerkennen ist, daß sie die wesentlichen Bedenken und Vorbehalte gegenüber den französischen Vorschlägen genügend klar betont. Die Reichstagsverhandlungen sollen notwendige Ergänzungen und **Auslegungen** bringen, worauf bei ihrer Besprechung besonders zu achten sein wird. (Stürmische Hört-hört-Rufe.)

Der Vorbehalt des Rechts Deutschlands, auch in Zukunft friedliche Veränderungen der bestehenden Verträge herbeizuführen, ist durch die Presse stark zu betonen. **Ueber einen etwaigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen ist auch auf Anzapfungen im gegenwärtigen Augenblick möglichst nicht zu debattieren.** (Stürmische Zwischenrufe von der Linken.)

Wir verlangen, daß vor Abschluß der neuen Verträge sowohl sachliche Erleichterungen wie vor allem wesentliche Abkürzungen der Besetzung der zweiten und dritten Zone und des Saargebiets erreicht sein müssen. Hier ist bei den Reichstagsverhandlungen scharf darauf zu achten, ob eine Differenz mit dem Außenminister hervortritt, ob dieser also darauf verharrt, daß er erst nach Abschluß der neuen Verträge auf Grund der dann geschaffenen Sachlage Erfolge für die zweite und dritte Zone erstrebt und erhofft.

Die Note ist dahin **auszulegen,** daß Deutschland unbedingt an einer rechtlich gesicherten Ausnahme von Artikel 18 festhalten muß, und es ist darauf zu achten, ob in der Reichstagsverhandlung der Außenminister nicht eindeutig an seinem Standpunkt, wonach eine De-facto-Ausnahme genüge, festhält." (Hört-hört-Rufe bei den Kommunisten.)

Genosse **Stöcker** fragt dann den anwesenden Abgeordneten Westarp von den Deutschnationalen, ob er bereit sei, sich öffentlich zu diesem Dokument zu äußern, ob er insbesondere bereit sei darzulegen, worin die „wesentlichen Unterschiede" zwischen dem Memorandum vom Februar und der jetzigen Antwortnote lägen, wie die zahlreichen erwähnten **Auslegungen** zu verstehen seien, ob Westarp insbesondere bereit sei, sich zu der Stelle des Rundschreibens über Elsaß-Lothringen zu äußern.

Das ganze Dokument zeige die Doppelrolle der Deutschnationalen, ihre volle Bereitwilligkeit, die Erfüllungspolitik Stresemanns und Luthers mitzumachen. Die erwähnten Vorbehalte dienten doch nur dazu, den schmählichen Umfall der Deutschnationalen zur Erfüllungspolitik zu verschleiern.

Der Führer der Deutschnationalen, Westarp, kommt nicht umhin, zu dieser Enthüllung Stöckers Stellung zu nehmen. In äußerster Verlegenheit bestätigt er die Echtheit des Dokuments, indem er meinte, es sei von einer deutschnationalen Redaktion gestohlen worden. Mit der ihm äußerst unangenehmen Situation rettete er sich durch ein Manöver, durch die Erklärung, das Rundschreiben enthalte doch nichts Neues und bestätige doch nur den Inhalt seiner letzten außenpolitischen Rede.

Vom Riesenkampf des Grubenproletariats

Kohlenkrise und Bergarbeiter

Zu ungefähr der gleichen Zeit treffen die Meldungen ein, daß die englische Regierung den Bergwerksbesitzern eine größere unverzinsliche Anleihe gewähren will und die Golddiskontobank dem Ruhrbergbau ebenfalls einen Kredit von 15 Millionen Mark gibt. Diese beiden Tatsachen stehen im unmittelbaren Zusammenhang, sie entspringen ein und derselben Ursache: **dem Versuch der Grubenbesitzer, die Absatzkrise durch ein großzügiges Kohlendumping zu mildern, und sind deswegen eine Ergänzung jener Maßnahmen, die die Grubenbesitzer zu dem gleichen Zwecke in Form der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ergriffen haben.**

Daß es gerade die **englischen und deutschen** Grubenbesitzer sind, die zur Durchführung des **Kohlendumpings** schreiten und zu diesem Zwecke einen konzentrierten Angriff auf die Bergarbeiter unternehmen, ist kein Zufall, **sondern das Resultat des bisherigen Konkurrenzkampfes** zwischen der deutschen und der englischen Kohle. Zu **Anfang dieses Jahres war es den deutschen Grubenbesitzern gelungen, den Kohlenexport gewaltig zu steigern.** Indessen war diese Steigerung nur möglich, indem man eine reaktionäre Lohnpolitik trieb, die Ausgaben für produktionstechnische und Sicherheitsmaßnahmen auf ein Minimum reduzierte und auf diese Weise den Gestehungspreis von 15 Mark pro Tonne auf 11 Mark herabsetzte. **Der Erfolg dieser niedrigeren Preiskalkulation war, daß Deutschland die englische Kohle vom holländischen und südamerikanischen Absatzmarkt zum größten Teil verdrängen konnte.** Die englischen Grubenbesitzer versuchten darauf durch Frachtenverbilligung usw. gleichfalls eine Herabsetzung der Preise zu erreichen und es gelang ihnen auch in letzter Zeit, **die deutsche Kohle wieder zurückzudrängen.**

Dieser Konkurrenzkampf der Grubenbesitzer durch Unterbietung mußte zwangsläufig immer mehr das Gebiet der Arbeitsbedingungen in Mitleidenschaft ziehen. Die englischen Grubenbesitzer begannen damit, indem sie ihre **Kalkulationsmethoden änderten und neben den sachlichen Betriebskosten sich einen absoluten Gewinn von dreizehn Prozent sicherstellen wollten.** Die Preisschwankungen, oder besser das Absatzrisiko, sollte auf die persönlichen Betriebskosten, die Löhne und Gehälter abgewälzt werden. Aus diesem Plan muß sich als praktische Folge ergeben, wenn man beachtet, daß die Kohlenpreise auch weiter sinken werden, **daß die Löhne der englischen Bergarbeiter einem steten Abbau unterworfen sind.** Des weiteren verlangen die englischen Grubenbesitzer an Stelle der Siebenstundenschicht die Einführung der **Achtstundenschicht** und ferner die distriktiweise Festsetzung der Löhne, **also Ablehnung der** Reichslöhne.

Die deutschen Grubenbesitzer wollen sich die Konkurrenzmöglichkeit dadurch sichern, indem sie zunächst einmal jede Lohnerhöhung ablehnen. Des weiteren wollen sie durch Massenentlassungen die Arbeiter zwingen, in eine **weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen** einzuwilligen, vorerst vor allem in eine **Verlängerung der Arbeitszeit.**

Indessen: Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hat eine bestimmte Grenze, deshalb verlangen die Grubenbesitzer die Subsidierung ihrer Betriebe durch das Reich in Form von Krediten und Anleihen, die weiter nichts sind, als **versteckte Ausfuhrprämien.**

Wer aber glaubt, daß durch die Maßnahmen der Grubenbesitzer die Kohlenkrise behoben würde, ist auf dem Holzwege. Die tieferen Gründe der Kohlenkrise liegen in Dingen, gegen die die Maßnahmen der Grubenbesitzer wirkungslos sind. Der eigentliche Grund der Kohlenkrise ist die **technische Entwicklung der jüngsten Zeit,** die mit der gesteigerten Inanspruchnahme der Elektrizität, des Oels, der wissenschaftlich organisierten Wärmewirtschaft den Verbrauch an Kohle ungeheuer vermindern. Daneben spielt allerdings besonders in Deutschland das Brachliegen der Metallindustrie auch eine große Rolle.

Um den Kohlenbergbau dieser modernen Entwicklung anzupassen, bedarf es umwälzender **produktionstechnischer und wirtschaftsorganisatorischer Umstellungen,** zu denen die kapitalistischen Grubenbesitzer unfähig sind. Sie versuchen, indem sie von einer Krise in die andere schlittern, sich auf Kosten der Arbeiter zu behaupten, um den heiligen Profit zu retten.

Es handelt sich nicht um eine vorübergehende Krise, sondern um eine chronische, sich stets verstärkende. Und darin liegt gerade die große Gefahr für die Bergarbeiter. Wehren die Bergarbeiter sich nicht und erweitert sich diese Wehr nicht zum offenen Kampf, zum **internationalen Generalstreik,** dann wird eine weitere Verelendung der Arbeiter Tatsache.

Hier liegt eine Aufgabe, an deren Erfüllung gerade die deutschen Bergarbeiter gehen müssen, um so mehr, als ihre Führer auf der kürzlich stattgefundenen Sitzung der Exekutive der Bergarbeiterinternationale die einzigen waren, die den internationalen Generalstreik ablehnten.

Nur durch die Herstellung der Gewerkschaftseinheit und die internationale Koordinierung der Bergarbeiterkämpfe kann den Gefahren, die alle Bergarbeiter bedrohen, getrotzt werden.

75 000 Bergarbeiter im Kampfe

Saarbrücken, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der **75 000 Bergwerksarbeiter** geht in voller Disziplin weiter. Die Verhandlungen in Paris sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie werden auf der Bergwerksdirektion in Saarbrücken fortgesetzt. Am Sonnabend sollen Revierkonferenzen zur Lage Stellung nehmen. Die Regierung des Völkerbundes trifft Maßnahmen gegen die Arbeiter. Sie hat während der Zeit des Streiks sämtliche öffentliche Versammlungen verboten. Durch eine Verordnung werden die industriellen Betriebe des Saargebiets bei der Einfuhr ausländischer Streikkohle von der Kohlensteuer befreit. Der Landesrat ist bei seinem Schlag gegen die streikenden Bergarbeiter nicht zimperlich.

Die Metall- und Hüttenarbeiter haben durch einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses 8prozentige Lohnerhöhung bekommen. Dieser Spruch ist angesichts der gewaltigen Teuerung infolge der Frankentwertung eine glatte Provokation der Metallarbeiter. Ueber den Schiedsspruch wird eine Abstimmung stattfinden, deren Resultat noch nicht ganz feststeht, doch ist eine starke Stimmung für den Eintritt in den Streik vorhanden.

Die Regierungskommission hat die Lohnforderungen der drei Eisenbahngewerkschaften und jegliche Verhandlungen rundweg abgelehnt. Gestern fanden in Saarbrücken und Umgebung starkbesuchte Mitgliederversammlungen des DEV. statt. Sämtliche Diskussionsredner betonten, daß es des Verhandelns genug sei und endlich gehandelt werden müsse. Der Streikbeschluß wurde einstimmig gefaßt.

Staatliche Subventionen an die englischen Kohlenbarone

London, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Baldwin hat gestern die Führer der Bergarbeiter und der Unternehmer um Mitternacht zusammengerufen und ihnen erklärt, die Regierung **würde einen vorübergehenden Zuschuß an die Kohlenindustrie gewähren; die Unternehmer müßten dafür aber ihre Kündigungen zurückziehen.** Eine amtliche Untersuchungskommission soll eingesetzt werden, die die Höhe der Löhne in Industrie und Bergbau prüfen soll. Cook, der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, erklärte nach Schluß der Konferenz, **daß noch keine Regelung erreicht worden sei.** „Daily Herald" veröffentlicht eine Erklärung der Direktion der großen Westbahn an die Angestellten, in der im Zusammenhang mit dem Beschluß der Eisenbahner, **im Falle eines Streiks keine Kohle zu befördern, darauf hingewiesen wird, daß die Bahn gesetzlich verpflichtet sei, alle Güter, die ihr zur Beförderung übergeben sind, zu befördern.**

Anschlag der Zechenbarone auf die Arbeitszeit

Bochum, 1. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der Zechenverband hat heute eine Zechenverbandssitzung einberufen, auf der die Kündigung des Arbeitszeitabkommens beschlossen werden soll.

SLUB
Wir führen Wissen.